

# Die Erforschung der öffentlichen Meinung in England

Autor(en): **Fellet, A.T.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335976>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

reichender Klarheit umschrieben ist. Artikel 4 dieses Gesetzes stipuliert, daß die Verantwortlichkeit durch Vergehen in der Amtsführung, durch Übertretung der Bundesverfassung, der Bundesgesetze oder Reglemente begründet wird. Artikel 5 gibt an, daß die Verantwortlichkeit disziplinarische Verfügungen, Zivilklage und Kriminalklage zur Folge haben kann. Für die Einleitung solcher Straf- und Zivilklagen ist die Bundesversammlung zuständig.

Es ergibt sich daraus, daß die gegenwärtig in Gang befindliche militärgerichtliche Untersuchung *nicht den einzigen Rechtsweg* darstellt, der mit Hinblick auf die Explosionen von Dailly und Blausee-Mitholz beschritten werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion behält sich vor, nach Abschluß der noch pendingen Untersuchung und nach Einsicht in ihre Ergebnisse die Frage zu prüfen, ob und in welchem Umfang von den Möglichkeiten, die im Verantwortlichkeitsgesetz enthalten sind, Gebrauch gemacht werden soll.

A. TH. FELLETT

## *Die Erforschung der öffentlichen Meinung in England*

Obschon das Wesen der Gallup-Umfragen und ihr Verfahren auch hierzulande in seinen Grundzügen bekannt ist, kann die gelegentliche Mitteilung neuerer Ergebnisse nützlich sein, fehlt uns leider doch noch jene intelligente Einrichtung zur Erfragung der öffentlichen Meinung in politischen Angelegenheiten. Das ist um so seltsamer, als gerade in unserer Referendumsdemokratie die Politiker aller Richtungen ein ganz besonderes Interesse daran haben sollten, über die Stimmung im Volke zuverlässig unterrichtet zu sein, statt sie bloß vage, gefühlsmäßig aus dem Gesichtswinkel einseitiger Erfahrungen und Beobachtungen im Kreise ihrer Parteifreunde zu sehen, auf die sich ja ihr persönlicher Umgang meist beschränkt. Eine ganze Reihe verwerfender Volksentscheide der letzten Jahre, die unerwarteterweise den einhellig oder doch entschieden mehrheitlichen Parteiparolen kraß widersprechen, könnten als Beispiel angeführt werden.

Manche Niederlage würden sich unsere Regierungen und Räte in Gemeinden, Kantonen und Bund erspart haben, wenn sie die wahrscheinliche Haltung des Souveräns zuverlässiger hätten im voraus abschätzen können. Manche sehr empfindliche Verzögerungen, wie sie durch die nochmalige Ausarbeitung und Beratung neuer Vorlagen entstanden, hätten dadurch vermieden werden können, ebenso beträchtliche Ausgaben für den amtlichen Wahlapparat wie für den Abstimmungskampf

der Parteien – Ausgaben, denen gegenüber die Kosten eines schweizerischen Gallup-Institutes bestimmt eine Bagatelle wären<sup>1</sup>.

Diese Erwägungen rechtfertigen wohl den Hinweis auf eine Veröffentlichung, die das *British Institute of Public Opinion* unlängst in «*News Chronicle*» machte. Seit dem Jahre 1943 führte es regelmäßig «Gallup Polls» über die Volksmeinung in Großbritannien durch, und deren Ergebnisse wurden wiederholt in verblüffender Weise durch die nachfolgenden Ereignisse bestätigt. So stellten sie zum Beispiel eine zutreffende Prognose für die allgemeinen Parlamentswahlen vom Juli 1945 auf, welche Labour zur Regierung brachte, und zwar lautete ihre Vorhersage:

	Labour	Konservative	Liberale	andere
	in Prozenten			
im Juni 1945	47	41	10½	1½
gegenüber dem tatsächlichen Wahlergebnis im Juli	48	40	9	3
Weitere Gallup-Umfragen zeitigten				
im Januar 1946	52½	33½	11	3
im März 1947	44	44	10	2
im September 1947	40	44½	11	4½

Die Zahlen deuten an, wie man zu den betreffenden Zeitpunkten gestimmt haben würde, wenn Wahlen gewesen wären. Der seit März 1947 sichtbar werdende Umschwung zugunsten der Konservativen hat sich dann in den *Gemeindewahlen* vom November 1947 vollkommen durchgesetzt. Im einzelnen lassen die Gallup-Ergebnisse erkennen, daß er hauptsächlich durch die weiblichen Stimmen verursacht wurde. Dasselbe bestätigten übrigens, unabhängig von diesen Feststellungen, verschiedene Zeitungskommentare zu den Gemeindewahlen mit der Begründung: die Frauen, welche die Mehrheit der Wahlberechtigten, zugleich aber auch ihren am wenigsten politisch erzogenen Teil bilden, hätten den Rechtsrutsch bei den Wahlen herbeigeführt durch ihre dilettantisch unsachliche Reaktion auf gewisse Mißstände der Lebensmittelversorgung; durch eine blind gefühlsmäßige Welle des Unmutes hätten sie gegen Labour gestimmt, obwohl die Regierungspartei gewiß nicht an der kriegsmäßig bedingten Verknappung der Lebensmittelversorgung schuld gewesen sei.

In den letzten Kriegsjahren war deutlich wachsende Neigung für die Arbeiterpartei vorhanden; doch seit Januar 1946 verlor sie beträchtlich an Popularität, und im Sommer 1947 fiel ihre Chance sogar *unter* die ihrer konservativen Gegner.

Trotz der zunehmend kritischen Haltung gegenüber der Regierung wird jedoch deren Rücktritt auch jetzt noch nicht von der Mehrheit gewünscht. Im September wurde gefragt: «Meinen Sie, daß die Labourregierung bleiben solle bis 1950, oder

---

<sup>1</sup> Wir glauben immerhin darauf hinweisen zu müssen, daß die Organisation eines Gallup-Instituts in der Schweiz mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden wäre. Infolge der föderalistischen Struktur und der komplizierten geschichtlichen Entwicklung des Landes haben wir es mit ideologischen Überschneidungen und Durchdringungen zu tun, deren Erfassung auf je 1000 Einwohner einer größeren Anzahl von Befragungen bedarf als bei den meisten andern Nationen. Die Kosten eines Gallup-Polls in der Eidgenossenschaft wären, zum mindesten bei gewissen Problemen, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, wesentlich höher als in England oder in Amerika.

sollte sie in naher Zukunft zurücktreten und neue Parlamentswahlen ausschreiben?» Von den Antworten lauteten 52 Prozent für «bleiben», 42 Prozent für «abgehen», 6 Prozent «ich weiß nicht». Der anscheinende Widerspruch dieser Antworten gegen die im Diagramm dargestellten erklärt sich aus den Antworten auf die nächste Frage: «Welche Art Regierung scheint Ihnen augenblicklich die beste für das Land?» 37 Prozent sagten: Labour, 31 Prozent: Konservative, 20 Prozent: National, 6 Prozent Liberal, 6 Prozent: «Ich weiß nicht.» Aus alledem schließt das *British Institute of Public Opinion* auf ansehnliche Neigung für eine «nationale» Koalitionsregierung.

Soll aber nun Attlee Premierminister bleiben oder einem andern Labourmanne Platz machen? Von je hundert Befragten waren 46 für bleiben, 41 für Rücktritt, 13 hatten keine Meinung. Sogar unter den Anhängern der Arbeiterpartei waren nur 58 Prozent für das Verbleiben Attles im Amte.

In keinem Augenblicke konnte sich Attlee der Volkstümlichkeit seines Vorgängers erfreuen, auch nicht in seiner günstigsten Zeit unmittelbar nach den Wahlen von 1945.

Zweimal stieg die Sympathiekurve für die Labourregierung ein wenig an. Das *British Institute* bringt diese Erhöhungen in Zusammenhang mit der Brotrationierung und mit dem «Tabaksteuer»-Budget; es zeige sich hier, daß das Publikum starke Maßnahmen in Krisenzeiten zu schätzen wisse.

Die Gründe, weshalb nun aber das Vertrauen in die Regierung nachgelassen habe, suchte die Erhebung vom September 1947 zu erfassen durch die Frage: «Glauben Sie, daß unsere gegenwärtige Wirtschaftskrise zwangsläufig kommen mußte, oder hätte die Regierung sie vermeiden können?» Für 60 Prozent der Befragten wäre sie nicht vermeidbar gewesen, für 31 Prozent doch. (9 Prozent wagten keine Meinung.) Die Mehrheit bewies mithin einen achtungswerten Sinn für Fairness. — Etwas kritischer werden die tatsächlichen Maßnahmen der Regierung beurteilt. Nur 44 Prozent trauen ihr zu, sie wisse, was sie tut; 49 Prozent aber glauben, daß sie einfach fortwurste. Immerhin meinen bloß 38 Prozent, daß eine konservative Regierung sich besser aus der Affäre gezogen haben würde, etwa weil sie mehr Erfahrung im Regieren besitze (12 Prozent), oder (10 Prozent) indem sie die Wirtschaft kräftiger angekurbelt, die Staatseingriffe vermindert, beziehungsweise die Nationalisierung verhindert hätte. Die 34 Prozent der den Konservativen ungünstigen Stimmen versicherten überwiegend (24 Prozent aller Befragten), daß die Tories nichts Durchgreifendes getan und nicht mehr Erfolg als die gegenwärtige Regierung gehabt haben würden. Weitere 9 Prozent befürchten von einer konservativen Regierung Beschneidung der Sozialleistungen oder höhere Arbeitslosigkeit.

Damit sich das Bild des Erhebungsverfahrens runde, seien die weiteren Fragen der September-Enquête noch kurz erwähnt. Für die Beibehaltung der Militärpflicht sprachen sich 54 Prozent aus, gegen sie 37 Prozent. Der Umfang des Rüstungsaufwandes erschien 41 Prozent angemessen, 28 Prozent übertrieben, 18 Prozent zu klein, 13 Prozent waren unentschieden. — Die durch die Krise veranlaßte Einschränkung des staatlichen Wohnungsbauprogramms erklärten 55 Prozent als unnötig, 32 Prozent als notwendig. — 66 Prozent waren gegen die Einsparung von Nahrungsmitteln, die 27 Prozent Ja-Sager wünschten sie durch gerechtere Verteilung, durch Einschränkung der Luxuskost und der Hotelbelieferung verwirklicht zu sehen.

Die Nationalisierungen schienen nur 26 Prozent im richtigen Tempo erfolgt, 51 Prozent zu schnell, 9 Prozent zu langsam (14 Prozent unentschieden). In ihrer allgemeinen Haltung wurde die Politik der Labourregierung beurteilt: als zu sozialistisch von 42 Prozent, nicht sozialistisch genug von 15, grade recht von 30 Prozent (13 Prozent unentschieden). Die außenpolitischen Fragen betrafen die Fortdauer der Besetzung in Deutschland (60 Prozent ja) und die Haltung der Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten und Rußland (Zustimmung je 33 Prozent). Darf es als Wirkung besonnener Zurückhaltung gewertet werden, daß sich 33 beziehungsweise gar 41 Prozent der Befragten kein Urteil in diesen heiklen Angelegenheiten zutrauten?

Die Umfrage hat auch die Begründung der einzelnen Stellungnahmen erfaßt. Darauf kann hier nicht auch noch eingegangen werden. Es muß genügen, wieder einmal an einem Beispiele gezeigt zu haben, wie die Gallup Polls arbeiten. Hoffentlich regt das von neuem an, daß auch wir in der Schweiz uns entschlossen mit dem Gedanken befassen, ein ähnliches Institut zur neutralen Erforschung der politischen Meinung des Volkes endlich zu verwirklichen, wie es auf wirtschaftlichem Gebiete bereits seit Jahren in der Zürcher Gesellschaft für Marktforschung besteht und anscheinend zur Zufriedenheit seiner opferwilligen Interessenten arbeitet. Was sich hier für die Wirtschaftsführer und jenseits unserer Grenzen in verschiedenen Ländern auch für die Staatsmänner und Politiker als nützlich und fruchtbar erwiesen hat, dürfte ebenso den schweizerischen Magistraten, Parlamentariern und Parteiführern wertvolle Hilfe bieten.

## *Kleine Ausland-Nachrichten*

### «Im Stil des Dollar-Faschismus»

Der Finanzmagnat Rockefeller hat in Amerika aus einem ihm gehörenden Grundstück ein Areal für den *Neubau der UNO* zur Verfügung gestellt. Seine großzügige Schenkung hat sich als sehr lohnende Bodenspekulation erwiesen, da das umliegende Gelände, welches er für sich zurückbehielt, nun — mit Hinblick auf die Nachbarschaft der UNO — eine Wertsteigerung um etwa 300 Prozent erfahren hat.

Der berühmte amerikanische Architekt *Frank Lloyd Wright* ist von der englischen Zeitschrift «*The Architects' Journal*» aufgefordert worden, seine Meinung über das Projekt des neuen Sitzes der UNO zu äußern. Er telegraphierte folgende Antwort:

«Zusammenarbeit hat der Architektur noch nie gut getan. Es ist besser, wenn jeder Architekt für sich allein arbeitet. Das Komitee, welches die Pläne für den Sitz der UNO entworfen hat, hat ein unheilvolles Weltmachtsymbol (a sinister emblem for world power) hervorgebracht: ein ungeheuerliches, kommerzialisiertes Grabdenkmal für den Kirchhof des Friedens. Auf diesem Grabdenkmal hat sich die UNO *im Stil des Dollar-Faschismus* verewigt, obwohl sie sich antifaschistisch nennt. Ist es nötig, daß dieser Bau, wie der ganze Bauplatz der UNO, nichts anderes sein muß als eine kommerzielle Transaktion im Rahmen dieses internationalen Geschäftes?»

### Zusammensetzung des Kirchenrates von Holstein

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß der evangelische Kirchenrat von Holstein (Land Schleswig-Holstein) gegenwärtig (März 1948) folgende Zusammen-